Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5077

26. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Margareta Wolf, Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3713 –

Reformblockaden überwinden: Die ökologische, wirtschaftliche und soziale Erneuerung einleiten

A. Problem

Abbau von Reformblockaden mit dem Ziel, eine ökologische, ökonomische und soziale Erneuerung in Deutschland einzuleiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3713 –.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3713 – abzulehnen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3713 – wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, dem Plenum die Ablehnung des Antrages vorzuschlagen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 34. Sitzung am 19. Juni 1996 beschlossen, auf eine Beratung der Vorlage zu verzichten.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Der Antrag nimmt Bezug auf das zusammen mit dem Jahreswirtschaftsbericht vorgelegte „Aktionsprogramm für Investitionen und Beschäftigung". Das Aktionsprogramm wird als nicht zustimmungsfähig und als eine nicht angemessene Antwort auf bestehende Reformblockaden betrachtet. Der Maßnahmenteil des Programms wird als ungeeignet angesehen, um den ökologischen und ökonomischen Herausforderungen angemessen zu begegnen.

Über den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Reihe von Reformprojekten zu verwirklichen. Nach den Vorstellungen der Antragsteller soll u. a. der Solidaritätszuschlag erst im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der Einkommenbesteuerung abgeschafft werden und auch erst dann, wenn er für den Aufbau Ost nicht mehr benötigt wird. Auch soll eine Erhöhung der Mehrwertsteuer unterbleiben. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, das Einkommensteuersystem umfassend zu reformieren.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 beraten.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3713 – abzulehnen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Berichterstatter



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333